

DIE LINKE. Pankow

8. Hauptversammlung

3. Tagung

15. Oktober 2022

Antragsnummer: 2

Antrag: Dem Schulplatzmangel entgegenwirken - Kürzungen bei der Schulbauoffensive zurücknehmen

Einreicher*in: Bezirksvorstand

Die Hauptversammlung möge beschließen:

1 Die vom Senat beschlossene Investitionsplanung für die Jahre 2022 bis 2026 wird die
2 Versorgung mit Schulplätzen in Pankow dramatisch verschärfen. Die vom Bezirksamt
3 Pankow vorgelegten Planungen fanden kaum Berücksichtigung. Weder für die notwendigen
4 Sanierungen des Gymnasiums am Europasportpark, des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums
5 und des Max-Delbrück-Gymnasiums noch für drei Schuldrehscheiben als Ausweichstandorte
6 für Sanierungen wurde finanzielle Vorsorge getroffen.

7 In Verantwortung für die Pankower Schüler*innen und Pädagog*innen fordern wir:

- 8 1. Die Hauptversammlung DIE LINKE. Pankow fordert die Mandatsträger*innen der
9 LINKEN auf, sich für eine Rücknahme der verschobenen Investitionen bei der Berliner
10 Schulbauoffensive einzusetzen. Sanierung und Neubau von Schulen müssen weiter
11 stattfinden. Unaufschiebbare Investitionen müssen wie geplant erfolgen. Dazu gehört
12 auch der Ankauf von Grundstücken. Die für den Erhalt von Schulplätzen notwendigen
13 Sanierungen müssen fortgeführt werden.
14
- 15 2. Insbesondere setzt sich DIE LINKE. Pankow dafür ein, dass die notwendigen
16 Sanierungen des Gymnasiums am Europasportpark, des Rosa-Luxemburg-
17 Gymnasiums und des Max-Delbrück-Gymnasium Berücksichtigung im kommenden
18 Doppelhaushalt sowie in der Investitionsplanung finden. Hierzu ist auch die in der
19 Investitionsplanung genannte Öffnungsklausel für dringend benötigte
20 Schulplatzbedarfe zu nutzen.
21
- 22 3. Die Hauptversammlung DIE LINKE. Pankow fordert die Mandatsträger*innen der
23 LINKEN auf, sich gegenüber dem Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass bis zum
24 nächsten Schuljahr zusätzlich mindestens eine neue Oberschule in Berlin geschaffen
25 wird. Der Senat ist angesichts der landesweiten Unterversorgung mit Schulplätzen in
26 der Pflicht, eine zentralverwaltete Schule zu gründen. Er muss auch eine Nutzung
27 alternativer bzw. nicht öffentlicher Gebäude als Schulstandort prüfen und die
28 Umsetzung durch Kauf oder Anmietung ggf. in Zusammenarbeit mit den Bezirken
29 begleiten.
30
- 31 4. DIE LINKE. Pankow fordert, die Einrichtung von fünften und sechsten Klassen an
32 Gymnasien befristet auszusetzen. Damit können dringend benötigte Schulplätze für die
33 siebten Klassen geschaffen werden. Dies verbessert unmittelbar die
34 Versorgungssituation. Der Senat muss entsprechende schulorganisatorische
35 Maßnahmen zum nächsten Schuljahr genehmigen.
36
- 37 5. Um dem Schulplatzmangel entgegenzuwirken, braucht das Land Berlin auch eine
38 Raumoffensive, die Schulen in den Sozialraum öffnet und auch leerstehende Landes-
39 und Bundesgebäude nutzt. Die Senatsverwaltung muss endlich rechtliche und

DIE LINKE. Pankow

8. Hauptversammlung

3. Tagung

15. Oktober 2022

40 schulorganisatorische Lösungen bereitstellen, um Unterricht auch außerhalb des
41 Schulgebäudes zu ermöglichen. Hiermit sind vor allem Bibliotheken, Musikschulen,
42 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und andere Einrichtungen der sozialen
43 Infrastruktur in der Nähe von Schulen gemeint. Diese sozialräumliche Öffnung bietet
44 die Chance „Schule“ neu zu denken und den Bildungsbegriff weiterzuentwickeln.

45

46 Begründung:

47

48 2016 ist der rot-rot-grüne Senat mit der Berliner Schulbauoffensive gestartet, um dem
49 Schulplatzmangel zu begegnen, überfällige Sanierungen von Schulen und Sporthallen zu
50 beginnen und neue Schulen und Sporthallen an den Start zu bringen. Wir müssen leider
51 feststellen, dass trotz der massiven Investitionen die Ziele bisher nur unzureichend erreicht
52 werden konnten und im Jahr 2022 Schüler*innen nur mit größter Anstrengung versorgen
53 konnten.

54 Pankow versorgt schon jetzt ca. 2.900 Oberschüler*innen mehr, als der Bezirk Schulplätze
55 hat. Diese Zahl entspricht in der Dimension einer großen Oberschule mit sieben Zügen und
56 diese Zahl wird steigen.

57 Der Entwurf der Investitionsplanung der Senatsverwaltung für Finanzen sah für Pankow eine
58 Verschiebung von 29 Sanierungsmaßnahmen um bis zu fünf Jahre vor. Damit ist sowohl der
59 Erhalt von ca. 6.500 Schulplätzen als auch die Erhöhung der Schulplatzkapazität um 1.200
60 Plätze dramatisch gefährdet.

61 Das Bezirksamt Pankow hat sich vor allem für die Berücksichtigung von fünf
62 Schulbaumaßnahmen eingesetzt, bei denen verlorene Planungskosten drohen. Dies betrifft
63 die Grundschule am Planetarium, die Gustave-Eiffel-Schule, das Gymnasium am
64 Europasportpark, das Rosa-Luxemburg-Gymnasium und das Max-Delbrück-Gymnasium.
65 Durch diese Maßnahmen würden 688 Plätze zusätzlich geschaffen und 3.170 durch
66 Sanierung erhalten, denn drei der o.g. Schulen droht die kurzfristige Sperrung bzw.
67 Teilspernung von Gebäuden, da sie seit bis zu 30 Jahren auf die Sanierung warten.

68 Obwohl der Bezirk auf die Dringlichkeit der Sanierungsvorhaben hingewiesen hat, blieben
69 die Sanierung des Gymnasiums am Europasportpark, des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums
70 und des Max-Delbrück-Gymnasiums weiterhin unberücksichtigt. Vor allem das Gymnasium
71 am Europasportpark muss zeitnah saniert werden, da hier die Sperrung der Schule und
72 damit ein Verlust der gesamten Schulplätze droht.

73 Außerdem wurden der Neubau von Sportanlagen und die dringend benötigten drei
74 sogenannten Drehscheibenstandorte verschoben. Diese wären als Ausweichobjekte für
75 Sanierungen dringend nötig.

76 Die vom Senat beschlossene Investitionsplanung für die Jahre 2022-2026 wird die
77 Versorgung mit Schulplätzen in Pankow dramatisch verschärfen. Das können wir nicht
78 hinnehmen. Daher sind alle Instrumente zu nutzen, um die dringend benötigten Sanierungen
79 zu ermöglichen.

80 Zudem hat sich bereits bei der Versorgung mit Oberschulplätzen für das Schuljahr 2022/23
81 gezeigt, dass Pankow genauso wie andere Bezirke viel zu wenig Oberschulplätze hat. Das

DIE LINKE. Pankow

8. Hauptversammlung

3. Tagung

15. Oktober 2022

82 führt zu vollen Klassen. Schüler*innen müssen lange Wege in andere Bezirke in Kauf
83 nehmen. Um den dringenden Bedarf an Oberschulplätzen abdecken zu können, muss es bis
84 zum neuen Schuljahr mindestens eine neue Oberschule für Berlin geben. Hier ist das Land
85 Berlin in der Pflicht.

86 Zudem müssen bei den sog. Schnellläufer-Gymnasien die Einrichtung von fünften und
87 sechsten Klassen befristet ausgesetzt werden, damit ausreichend Schulplätze für die
88 regulären siebten Klassen geschaffen werden können.

89 Schließlich müssen alle schulorganisatorischen Maßnahmen und die Anmietung weiterer
90 Flächen genutzt werden, um Schulplätze auch außerhalb von Schulen zu schaffen.